

Die aargauischen Grossratswahlen 1941

Autor(en): **Schmid, Arthur**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **20 (1940-1941)**

Heft 8-9

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-333922>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die aargauischen Großratswahlen 1941

Von Dr. Arthur Schmid.

Kantonale Wahlen in der heutigen Kriegszeit sind nicht nur von lokalem Interesse. Sie sind besonders dann von allgemeinem Interesse, wenn ihnen ein gewaltiger Wahlkampf vorausgeht. Sie sind auch von allgemeinem Interesse, weil ein großer Teil der Wehrmänner sich im Militärdienst befindet und die Stimmabgabe dadurch erschwert und das Wahlinteresse oft abgeschwächt wird.

Für die aargauischen Großratswahlen muß festgestellt werden: Sie fielen mitten in eine Zeit, in welcher starke Truppenwechsel stattfanden. Das ist von allgemeinem Interesse für das Problem der Ansetzung des Wahltermins. Daß ein Teil der Wehrmänner am 13. März einrücken mußte, und daß man für diese Wehrmänner den Wahltermin auf den 18. März festsetzte, ist eine Tatsache, die für den Wahlausgang bedeutsam war. Bis Truppen ihren eigentlichen Standort bezogen und sich eingerichtet haben, vergeht eine gewisse Zeit. Bis das Wahlmaterial von den Wahloffizieren angefordert und ausgeteilt ist, vergeht wiederum eine gewisse Zeit. Beides wirkt auf die Stimmbeteiligung der Wehrmänner nachteilig. Dazu kommt, daß hinsichtlich der Anforderung des Wahlmaterials oft nicht alles klappt und deshalb einzelne Wähler im Wehrkleide schwer haben, ihre Wahlpflicht zu erfüllen.

Zurzeit werden Landwirte und andere bei der Anbauaktion Tätige viel eher vorübergehend vom Militärdienst dispensiert als Angehörige anderer Berufsschichten. Das hat eine Bedeutung für den Wahlausgang. Wer zu Hause ist, stimmt eher und hat viel einfacher zu stimmen als wer im Militärdienst ist. So haben die Sozialdemokraten infolge dieser außerordentlichen Verhältnisse bei den Großratswahlen, verglichen mit andern Parteien, sicher die meisten Stimmen im Militärdienst eingebüßt. Wir schätzen die Zahl der so verlorengegangenen Wahlstimmen als sehr hoch.

Die *Sozialdemokratische Partei* des Kantons Aargau hatte im Jahre 1937 20 855 Listen erhalten. Sie bekam 62 von 186 Sitzen; also genau einen Drittel. Bei den Großratswahlen vom 23. März 1941 bekamen die Sozialdemokraten total 19 459 Listenstimmen und erhielten 58 Mandate. Die Sozialdemokraten verloren je ein Mandat in den Bezirken Aarau, Baden, Laufenburg, Muri und Zofingen. Sie gewannen ein Mandat im Bezirk Zurzach.

Die *Katholischkonservative Partei* hat in den Bezirken Aarau und Zurzach je ein Mandat verloren und im Bezirk Muri ein Mandat gewonnen. Die *Freisinnige Partei* hat in den Bezirken Kulm, Lenzburg und Zofingen je ein Mandat gewonnen und im Bezirk Aarau ein Mandat verloren. Die *Bauernpartei* hat im Bezirk Laufenburg ein Mandat gewonnen. Die *Evangelische Partei* verlor von ihren fünf Mandaten drei, und zwar je eines in den Bezirken Aarau, Kulm und Lenzburg. Die *Jungbauern* haben kein Mandat gewonnen, trotzdem sie in zwei weitem Bezirken Listen aufstellten. Der *Landesring* gewann fünf Mandate in

den Bezirken Aarau und Baden und kommt total auf acht Sitze. Die *Jungliberalen* haben im Bezirk Aarau ein Mandat gewonnen und kommen auf total zwei Sitze. Die *Christlichsozialen* haben ihre beiden Sitze im Bezirk Bremgarten behalten.

Diese Übersicht über den Wahlausgang gibt kein Bild über seine Bedeutung. Die Bedeutung des Wahlausganges muß gewürdigt werden an Hand der Situation, wie sie sich vor dem 23. März 1941 abzeichnete. Über die für die Sozialdemokraten ungünstige Situation bei den im Militärdienst stehenden Stimmberechtigten haben wir das Nötige bereits in den vorstehenden Ausführungen gesagt.

Gegen die Sozialdemokratische Partei richtete sich vor allem die gesamte Wahlaktion der Jungbauern und der Landesringler, der sogenannten Unabhängigen. Man versuchte, die Sozialdemokratie wegen ihres Beitritts zur «politischen Arbeitsgemeinschaft» zu diskreditieren. Die Wahrheit ist, daß im Aargau die zwischen Sozialdemokraten, Freisinnigen, Katholischkonservativen und Bauernpartei abgeschlossene politische Arbeitsgemeinschaft nur zwei Ziele verfolgt: erstens die *Steigerung des Widerstandswillens des Volkes* nach außen, die Bekämpfung des Defaitismus und die Erhaltung der Unabhängigkeit und Freiheit der Schweiz; zweitens die Aufrechterhaltung der demokratischen Einrichtungen im Innern. Es bestehen für die Sozialdemokratische Partei keine Bindungen hinsichtlich der Gestaltung ihrer Grundsätze und Forderungen und der Freiheit in allen ihren Aktionen. Trotzdem das allgemein bekannt war, versuchte man, die Sozialdemokratie zu verleumdern und ihr vorzuwerfen, sie hätte ihre selbständige Politik zur Verteidigung der Interessen des arbeitenden Volkes aufgegeben.

Die *Jungbauern* eröffneten frühzeitig eine intensive Wahlagitation, die sich ausschließlich gegen die Sozialdemokratie richtete. Es kamen Leute von außerhalb des Kantons, die sich ausschließlich der Wahlpropaganda widmeten. Das geschah in kleinen und größeren Versammlungen, durch Verteilung von Propagandamaterial, durch persönliche Bearbeitung der Wähler, durch Fühlungnahme mit Arbeitern, von denen man annahm, sie gehörten der Sozialdemokratie nicht oder nicht mehr an. Vor den Betrieben wurde der «Jungbauer», die Zeitung der Jungbauern, verteilt. Der Teilnahme an sozialdemokratischen Versammlungen wichen die Jungbauern aus. Dafür wählten sie sozialdemokratische Wähler aus, denen sie Einladungszettel gaben und diese so teilweise an ihre Versammlungen brachten. Zu kontradiktorischen Versammlungen waren die Jungbauern nicht zu bringen. Trotz dieser ungeheuren Propagandaarbeit haben die Jungbauern bei den Wahlen in den Bezirken Aarau, Kulm, Lenzburg und Zofingen Wähler verloren. In den Bezirken Baden und Brugg konnten sie ihre Stimmzahlen etwas steigern. In den Bezirken Bremgarten und Muri traten sie zum erstenmal mit eigenen Listen auf, ohne indessen ein Mandat gewinnen zu können. Dagegen hat das Auftreten der Jungbauern im Bezirk Muri mit dazu beigetragen, daß das einzige Mandat der Sozialdemokraten an die Katholischkonservativen verloren ging. Das ist der typische «Erfolg» einer Spaltungsaktion.

Daß die Sozialdemokraten den Angriff der Jungbauern in den wichtigsten Bezirken restlos abgewiesen und daß die Jungbauern dort Stimmenverluste aufzuweisen haben, zeigt, wie erfolgreich der Wahlkampf der Sozialdemokraten geführt wurde.

Mit noch viel größerer Propaganda als die Jungbauern gingen Gottlieb Duttweiler und seine Freunde gegen die Sozialdemokraten vor. Er trat im letzten Moment in den Wahlkampf in den Bezirken Aarau und Baden ein, wo er gutgehende Migros-Filialen besitzt. In alle Haushaltungen dieser Bezirke wurde am 15. März das illustrierte Jubiläumsbuch Duttweilers gratis verteilt. Dann wurde den Stimmberechtigten fast jeden Tag neues Wahlmaterial (Flugblatt, Zeitung, Wahlbroschüre usw.) zugestellt. Die ganze Aktion ging darauf aus, den Wähler förmlich zu betäuben und nicht zum Denken kommen zu lassen. Im Bezirk Aarau traten die Sozialdemokraten der Duttweilerschen Propaganda auch an den beiden großen Versammlungen in Aarau gegenüber. Sie erzielten dadurch einen wesentlichen Erfolg. Daß Duttweiler trotzdem noch einige Mandate holen konnte, verdankt er einmal, wie schon erwähnt, der Überraschung im letzten Moment und zum andern der Tatsache, daß es ihm gelang, einige bekannte Leute auf seine Liste zu bringen, denen zuliebe mancher Wähler die Liste des Landesringes einlegte. Es ist bezeichnend, daß im Bezirk Aarau auf dem offiziellen Stimmzettel der Unabhängigen Leute als nicht dem Landesring angehörend und als parteilos bezeichnet wurden. Das ist eine neue Art der Propaganda, die auf die Irreführung und Betäubung der Wähler ausgeht und die zweifellos der Demokratie Schaden beifügt. Mit solchen Mitteln Sitze zu gewinnen, ist wahrhaftig nichts Rühmenswertes.

Daß die Unabhängigen trotz alledem nur acht Sitze von 186 im ganzen Kanton gewinnen konnten, zeigt, wie stark das Aargauer Volk gegen die Überraschungs- und Verwirrungsmethoden gefeit ist.

Es ist bemerkenswert, daß die Stimmenzahlen nicht nur der Sozialdemokraten, sondern auch der Freisinnigen und der Katholischkonservativen zurückgegangen sind. Einzig die alte Bauernpartei, die vor vier Jahren einen großen Stimmenverlust erlitten hatte, vermochte 320 Wähler mehr aufzubringen als im Jahre 1937. Das hängt damit zusammen, daß viel weniger Bauern im Militärdienst waren als Wähler anderer Berufsschichten, und vor allem damit, daß ein Teil der vor vier Jahren von den Jungbauern abgesprengten Wähler zu den alten Bauern zurückkehrte.

Für die Sozialdemokratie auch anderer Kantone sind die aargauischen Großratswahlen insofern von Bedeutung, als sie zeigen, wie sehr der *Angriff gewisser neuer Bewegungen und Parteien sich gegen die Sozialdemokratie* richtete, weil man hofft, bei der Arbeiterschaft am ehesten politisch nicht orientierte Wähler zu finden, die man leicht gewinnen könnte. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Aufklärung des Volkes während des Jahres zu fördern und zu vertiefen und vor allem über gewisse, mit vielen Finanzen arbeitenden Bewegungen die Arbeiter eingehend zu orientieren. Der aargauischen Sozialdemokratie, speziell im Bezirk Aarau, hat der Gotthardbund insofern geschadet,

als ein bisheriges Mitglied der Sozialdemokratischen Partei seinerzeit dem Gotthardbund beigetreten war. Dies erregte das Mißtrauen vieler Wähler, und das hat sich auch in einzelnen Fällen gegen die Partei gewendet. Eine klare Stellung der Sozialdemokratischen Partei zum Gotthardbund ist deshalb notwendig.

Die aargauischen Wahlen haben gezeigt, daß die Sozialdemokratie in schwerer Zeit und in einer denkbar ungünstigen Situation (weil ein Teil ihrer aktivsten Wähler im Militärdienst war) und bei einem konzentrischen Angriff der Jungbauern und der Duttweiler-Anhänger auf ihre Position der Situation gewachsen war. *Die Sozialdemokratie bleibt nach wie vor die weitaus stärkste Partei mit 58 Sitzen. Sie hat siebenmal soviel Sitze als die Jungbauern oder die Landesringler. Sie hat rund dreimal soviel Sitze als die Jungbauern, Landesringler, Evangelischen und Jungliberalen zusammen. Sie hat nur sieben Sitze weniger als die Freisinnigen und die Bauern- und Bürgerpartei zusammen. Sie hat 17 Sitze mehr als die stärkste bürgerliche Partei, die Katholischkonservativen!*

Diese Zahlen sind wichtig, aber sie dürfen nicht zum Anlaß genommen werden, sich auszuruhen. Die Großratswahlen 1941 haben im Gegenteil gezeigt, *daß die Aktivität und die Aufklärung wesentlich gefördert und verstärkt werden müssen.* So erfreulich es ist, daß die aargauische Sozialdemokratie den Ansturm von allen Seiten erfolgreich ausgehalten hat, so wichtig ist es, daß jene, die noch immer in der Vergangenheit einer verhältnismäßig gemächlich dahinfließenden Zeit leben, erkennen, daß sie überall das Gesetz des Handelns für sich in Anspruch nehmen müssen, wenn das arbeitende Volk vorwärts kommen soll.

Das Altersversicherungsgesetz im Kanton Zürich

Von Friedrich Heeb.

Am 25. Mai 1941 hat das Volk der Stimmberechtigten im Kanton Zürich den Entscheid zu fällen über das kantonale Altersversicherungsgesetz, das ihm von Regierung und Kantonsrat vorgelegt wird. Der regierungsrätliche Entwurf datiert vom 13. September 1940, der Kantonsrat hat die Vorlage am 1. März 1941 nach einer gründlichen Beratung in der von ihm eingesetzten Kommission durch das Plenum am 1. März 1941 verabschiedet.

Die Vorgeschichte.

Bevor ich auf den materiellen Inhalt dieser wichtigen Referendumsvorlage eingehe, sei einiges über die *Vorgeschichte* des nunmehr abstimmungsreifen Projekts gesagt. Diese Vorgeschichte geht bis ins Jahr 1902 zurück. Am 19. Dezember dieses Jahres reichte der Sozialdemokrat *Julius Zuppinger*, Thalwil, im Kantonsrat eine Motion ein, in der die Schaffung einer staatlichen Altersversicherung gefordert wurde.